

Jahresveranstaltung EFRE 2011 – die Ergebnisse

Zukunft der Kohäsionspolitik –
4. Wettbewerbsaufruf für transnationale Aktivitäten





Matthias Machnig,
Minister für Wirtschaft, Arbeit und
Technologie des Freistaates Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,

rund 200 Teilnehmer aus Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung diskutierten Anfang Mai auf Einladung des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT) über die Zukunft der EU-Förderung in Thüringen.

Die europäische Regionalpolitik, insbesondere der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), ist einer der Treiber der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates. Er hat einen beträchtlichen Teil der finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen seit 1990 der Strukturwandel in Thüringen erfolgreich gestaltet werden konnte. Wettbewerbsfähige Infrastrukturen, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, nachhaltiges Wachstum und zahlreiche Arbeitsplätze konnten mit der Hilfe aus Europa geschaffen werden.

Entsprechend der Wichtigkeit des Themas haben sich auf unserer EFRE-Jahrestagung zur Zukunft der Kohäsionspolitik zahlreiche Experten zu Wort gemeldet. Der geschäftsführende Direktor in der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission, Eric Dufeil, präsentierte die Überlegungen der EU-Kommission für eine neue Architektur der Regionalpolitik ab 2014. Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, berichtete aus erster Hand von den schwierigen und noch ergebnisoffenen Verhandlungen über die zukünftige Ausstattung des Haushalts der EU. Er wies dabei darauf hin, dass alle Mitgliedstaaten gefordert sind, jetzt die notwendigen finanziellen Voraus-

setzungen für eine handlungsfähige Europäische Union von morgen zu schaffen. In einer Podiumsdiskussion beleuchteten die Europaabgeordnete Constanze Krehl, der Geschäftsführer der LEG, Andreas Krey, der Geschäftsführer des Fraunhofer Instituts für Angewandte Optik und Feinmechanik, Prof. Dr. Andreas Tünnermann, der Geschäftsführer der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, Prof. Dr. Gerhard Untiedt, und der Vorstandsvorsitzende der TAB, Matthias Wierlacher, die strategische Ausrichtung der Regionalpolitik in Thüringen.

Die EFRE-Jahrestagung war ein voller Erfolg. Die erlangten Einsichten werden wir mit Gewinn in die bevorstehenden Prozesse einbeziehen. Auf den nachfolgenden Seiten haben wir die Ergebnisse für Sie dokumentiert. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

In diesem Sinne grüßt Sie
Ihr

Matthias Machnig
(Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie)



Inhalt

Inhalt

Vorwort	03
Zusammenfassung der Einzelvorträge	06
▶ Matthias Machnig Zukunft Europa – Zukunft der Kohäsionspolitik	06
▶ Marion Walsmann Europa 2020 – Neue Herausforderungen für die europäische Kohäsionspolitik in Thüringen	08
▶ Martin Schulz Herausforderungen der Kohäsionspolitik in der Globalisierung	10
▶ Eric Dufeil Zukunft der Kohäsionspolitik – die aktuellen Überlegungen der Europäischen Kommission	12
▶ Prof. Dr. Christof Mandry Die Europa-Idee – noch aktuell	14
Podiumsdiskussion/Zitate einzelner Redner	18
▶ Constanze Krehl	19
▶ Matthias Wierlacher	20
▶ Professor Dr. Gerhard Untiedt	21
▶ Professor Dr. Andreas Tünnermann	22
▶ Andreas Krey	23
Zusammenfassung der Halbzeitbewertung	24
Impressum	35



Zukunft Europa – Zukunft der Kohäsionspolitik

Matthias Machnig, Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

Minister Machnig stellte zunächst die Verbindung zu den aktuellen Entwicklungen der Europäischen Währungsunion her und plädierte für anhaltende Bemühungen zur Stabilisierung des Euro. „Wir brauchen langfristig eine Politik, die nicht nur die Finanzpolitik miteinander koordiniert, sondern wir brauchen auch endlich eine europäische Wirtschaftspolitik!“

Die Mitgliedstaaten werden intelligente Wege zur Konsolidierung ihrer Haushalte finden müssen, um wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastrukturen, in Forschung und Entwicklung

gewährleisten zu können. Die in Europa gemeinsam verabschiedete Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum enthält ehrgeizige Ziele, die jedoch bei gemeinsamen europaweiten Anstrengungen realisierbar sind. Das erfordert weiterhin eine aktive europäische Kohäsionspolitik in allen Regionen Europas. Die Thüringer Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die in Thüringen für Investitionen und eine aktive Beschäftigungspolitik zur Verfügung stehenden Mittel aus den Europäischen Strukturfonds mindestens zwei Drittel des aktuellen Niveaus ausmachen werden.



Matthias Machnig,
Minister für Wirtschaft, Arbeit und
Technologie des Freistaates Thüringen

„Für Thüringen gilt: Wir sind wirtschaftlich auf einem guten Weg. Wir haben ein Wirtschaftswachstum im Jahre 2010 von 3 % gehabt. Wir haben einen erfolgreichen Re-Industrialisierungsprozess in diesem Land vorangebracht. Wir sind heute das Land, das den höchsten Anteil an Beschäftigten im industriellen Sektor in den neuen Bundesländern hat. Wir liegen mit 21 % sogar über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben moderne Produktionsanlagen und Infrastrukturen. Wir verfügen über eine sehr gute Hochschul- und Forschungslandschaft und wir können auf die niedrigste Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern verweisen.“

Gleichzeitig ist der Freistaat mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Thüringen hat über 80.000 Unternehmen, die eine sehr kleinteilige Struktur kennzeichnet. Nur 0,3 % aller Thüringer Unternehmen beschäftigen mehr als 250 Beschäftigte. Die Forschungs- und Entwicklungsintensität der Unternehmen ist gering. In Thüringen wird etwa ein Anteil von 1,91 % des BIP für Forschung und Entwicklung verausgabt, die Arbeitsproduktivität liegt bei 76 % der alten Länder, und die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen liegt um 12.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Thüringen ist nach wie vor mit der Abwanderung von qualifizierten Fachkräften konfrontiert. Seit der Wende haben ca. 400.000 Menschen das Land verlassen.

Diesen Herausforderungen wird sich die Regionalpolitik der kommenden Jahre stellen müssen. Die europäische Regionalpolitik war und ist dabei ein wichtiges Politikinstrument. Aus den europäischen Strukturfonds wurden Thüringen in den Jahren seit 1990 rund 8 Milliarden bereitgestellt. Aktuell, also im Zeitraum 2007 bis 2013, stehen aus dem EFRE 1,477 Milliarden zur Verfügung. Davon wurden bereits rund 1,1 Milliarden, also 73 %, für 6.400 Projekte bewilligt. Damit sind Investitionen in der Größenordnung von 3,5 Milliarden angestoßen und es sind darüber 5.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen wie Globalisierung, Energiewende und Klimawandel sowie demografischen Wandel bestehen die Aufgaben darin, noch konsequenter in Zukunftsfelder zu investieren. Deswegen wurde der Trendatlas Thüringen 2020 erstellt. Im Ergebnis haben sich als Schwerpunkte die fünf Is herauskristallisiert: 1. Innovation, 2. Investition, 3. Infrastrukturen, 4. Internationalisierung und 5. Integration von Talenten und Arbeitskräften. Diese Schwerpunkte finden ihre Entsprechung in der Europa-2020-Strategie. Wichtige technologische Zukunftsfelder wurden ermittelt, und es hat sich gezeigt, dass in Thüringen sehr gute Voraussetzungen für die Entwicklung zu einem wirklichen Technologiestandort bestehen.

Auch die Fachkräftestudie des TMWAT zeigt, dass über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Thüringen, nicht zuletzt Investitionen in die Qualifikation der Beschäftigten entscheiden werden. Bis zum Jahre 2020 werden in Thüringen 200.000 Fachkräfte gebraucht. Es ist bekannt, dass dieser Bedarf in den nächsten Jahren nicht allein über die Zahl der Schulabgänger realisierbar sein wird.

„Ich glaube, dass wir mit den europäischen Instrumenten sehr gute Voraussetzungen haben, auch in den nächsten Jahren in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren.“



Marion Walsmann,
Thüringer Ministerin für Bundes- und Europa-
angelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei

Europa 2020 – Neue Herausforderungen für die europäische Kohäsionspolitik in Thüringen

Marion Walsmann, Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei

Die Thüringer Europaministerin wies darauf hin, dass Europapolitik eine Querschnittsaufgabe darstellt und sich auf alle Politikbereiche im Freistaat Thüringen auswirkt. Die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik sei für Thüringen ein zentrales europapolitisches Thema, da sie zukünftige Förderspielräume in Thüringen erheblich beeinflusse. Auch dank der Kohäsionspolitik erreiche Thüringen inzwischen ein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Höhe von 84 % des EU-Durchschnitts. In Bezug auf deren zukünftige Ausrichtung

verfolgten die deutschen Bundesländer im Verbund mit der Bundesregierung zwei zentrale Anliegen. Erstens: Die Europäische Union müsse mit ihrer Strukturpolitik auch künftig ein Angebot für alle Regionen bereithalten. Die europäische Regionalpolitik verankere Europa sichtbar in den Regionen. Sie fördere gezielt regionale Entwicklungspotenziale und trage damit zur Generierung von Wachstum und Beschäftigung bei. Damit leiste sie schon heute zur Umsetzung der Europa-2020-Strategie einen wichtigen Beitrag.

„Die dezentrale und integrierte Programmplanung und Programmgestaltung hat sich bewährt. Sie ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor der bisherigen Strukturfonds-Förderung. Das sollten wir auf keinen Fall aufs Spiel setzen.“

Zweitens: Es müsse sichergestellt sein, dass Entwicklungsprioritäten auch künftig vor Ort definiert werden. Diese Prioritäten müssten dann im Zentrum der Förderpolitik stehen.

Die Ministerin erläuterte den politischen Rahmen der aktuellen Diskussion zur Reform der EU-Kohäsionspolitik. Die europäische Kommission habe angekündigt, die Kohäsionspolitik insgesamt stärker auf die Europa-2020-Strategie auszurichten. Diese umfasst fünf konkrete Ziele, die bis 2020 erreicht werden sollen:

- ▶ 3 % des BIP sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.
- ▶ 75 % soll der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung im Alter von 20 – 64 erreichen.
- ▶ Klimaschutz- und Energieziele 20-20-20, d. h. die Verringerung der Treibhausgasemission gegenüber 1990 um 20 %, die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch um 20 % und die Steigerung der Energieeffizienz um 20 % im EU-Durchschnitt.

- ▶ Auf 10 % soll der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss gesenkt werden; 40 % der jüngeren Generation sollen einen Hochschul- oder vergleichbaren Abschluss erreichen.
- ▶ Zahl der armutsgefährdeten Personen in der EU soll um 20 Millionen sinken.

Die Mitgliedstaaten stellten nationale Reformprogramme auf, um sich in diesem Prozess zu engagieren und nationale Ziele zu benennen. Zukünftig müsse es noch besser gelingen, die Regionen in diesen Prozess einzubinden.

Die Ministerin begrüßte den Ansatz, auch die Kohäsionspolitik stärker auf die Ziele der Europa-2020-Strategie auszurichten. Allerdings dürfe die Förderpolitik thematisch nicht zu stark eingengt werden. Eine Reform der Kohäsionspolitik dürfe nicht „von oben“ gedacht werden, sondern ausgehend von den regionalen Herausforderungen, Bedürfnissen und Potenzialen. Nur dann werde die europäische Strukturförderung weiterhin wirksam und für die Regionen und ihre Bürgerinnen und Bürger auch attraktiv bleiben.



Herausforderungen der Kohäsionspolitik in der Globalisierung

Martin Schulz, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der SPE-Fraktion

Wozu brauchen wir Europa überhaupt noch? Ein problematischer Diskurs gewinnt immer mehr Platz, der darin besteht, dass das Heil in der Renationalisierung zu suchen sei, dass eher nationale als europäische Lösungen gebraucht werden. Parteien, die das proklamieren, gewinnen in Europa Wahlen.

„Als europäischer Parlamentarier, als Sozialdemokrat in Europa zudem, steht für mich der Gedanke der Solidarität auch zwischen Völkern und Ländern politisch an erster Stelle. Ich glaube, dass die Zukunft Europas nicht in der Renationalisierung zu suchen ist, sondern in der Tat in der Vertiefung

der Integration. Wir brauchen nicht weniger Europa, wir brauchen mehr Europa. Aber ganz sicher brauchen wir ein anderes Europa als das, was wir heute haben.“

Entscheidend für die zukünftige Politik der Europäischen Kommission wird sein, dass die Finanzierung gesichert ist. Die aktuelle Haltung der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Bezug auf die Finanzausstattung Europas – die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Ländern, die 1 % des Bruttoinlandsproduktes als Messzahl für den Beitrag der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt befür-



Martin Schulz,
Mitglied des Europäischen Parlaments,
Vorsitzender der SPE-Fraktion

„Die Herausforderungen der Globalisierung anzunehmen erfordert die Erkenntnis, dass die Stärke nicht darin liegt, dass wir die ökonomische Kraft, die Europa ja hat, dass wir die wissenschaftliche Kraft, die Europa hat, dass wir die technologische Kraft, die Europa hat, zerlegen in die Größenordnung Malta, Lettland, Zypern, Deutschland, sondern dass wir nur im Geleitzug der 27 Staaten und der ökonomischen Kraft, die sie als Ganzes dauerhaft entwickeln können, langfristig wettbewerbsfähig sind.“

worten – bedeutet eine drastische Kürzung des Haushalts der Europäischen Union. Wenn der EU-Haushalt abgeschmolzen werden soll, muss man sich entscheiden, in welchen Bereichen zu kürzen ist. Kürzungspotenzial bietet bei zu erwartenden gleichbleibenden Landwirtschaftsausgaben und milliardenschweren Mehrausgaben in der Forschung sowie Außenpolitik die Kohäsionspolitik.

Die Zukunft der Europäischen Union wird dadurch bestimmt werden, ob für die nächsten Generationen die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen werden, damit diese in einer vergleichbaren Wohlstandssituation leben können wie wir selbst. Globalisierung bedeutet, dass es Regionen in dieser Welt gibt, die zum ersten Mal ansatzweise ein Leben leben können, wie wir Europäer es als selbstverständlich hinnehmen. Das bedeutet allerdings auch, dass weltweite Wohlstandszuwächse mit exponentiell steigenden Wachstumsraten das Ende dieses Sterns absehbar machen.

Die große Chance in Europa und gerade in Deutschland liegt darin, dass es sehr wohl möglich ist, das eine zu tun, also

Wohlstandszuwachs zu organisieren, und das andere zu lassen, nämlich Ressourcenverschleuderung und CO₂-Ausstoß in ungeahntem Maße zuzulassen, und zwar durch technologische Entwicklungen. Das erfordert Investitionen in Forschung und Produktion und Entwicklung von energieeffizienten Anlagen, von energieeffizienten Gütern, in den massenhaften Ausbau der erneuerbaren Energien als einem Exportschlager nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern Europas insgesamt. Das schafft bessere Umweltbedingungen dort, wo die Wirtschaft boomartig wächst, und Arbeitsplätze dauerhafter Art bei uns.

Wer also in die Regionalpolitik investiert, der investiert auch in Forschungsstandorte, der investiert auch in Entwicklungsstandorte in Europa.



Eric Dufeil,
Generaldirektion Regionalpolitik der
Europäischen Kommission



„Wenn wir am Ende erfolgreich sind, wird es wahrscheinlich auch daran liegen, dass es uns gemeinsam gelingt, die Programme stärker auf das Erreichen konkreter Ergebnisse auszurichten.“

Zukunft der Kohäsionspolitik – die aktuellen Überlegungen der Europäischen Kommission

Eric Dufeil, Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission

Herr Dufeil erläuterte die aktuellen Überlegungen der Europäischen Kommission zur neuen Architektur der Kohäsionspolitik nach 2013, die noch einem langwierigen Verhandlungsprozess ausgesetzt sein werden. Die Überlegungen beruhen auf Erfahrungen, auf dem Dialog mit vielen Partnern in Europa und auf neuen Ideen.

Die zukünftigen Politikansätze werden sich an den Prioritäten der Europa-2020-Strategie orientieren. Das soll durch ein

Rahmendokument organisiert werden, nämlich in gemeinsamen strategischen Leitlinien, wo die umfassende Investitionsstrategie für die Kohäsionspolitik auf EU-Ebene festgelegt werden soll: Was sind die Ziele? Wie sollen diese erreicht werden? Wie werden die Ergebnisse im Zeitablauf gemessen? Es ist beabsichtigt die Kohäsionspolitik wieder breiter aufzustellen und die ländliche Entwicklung, Fischereipolitik und die Koordination mit anderen EU-Instrumenten einzubinden. Es ist in der nächsten Zeit darüber zu diskutieren,

wie gemeinsam sichergestellt wird, dass diese unterschiedlichen politischen Felder aufeinander eingestellt und Synergieeffekte realisiert werden.

Der strategische Rahmen soll dann durch Entwicklungs- und Partnerschaftsverträge, die die Kommission mit den Mitgliedstaaten vereinbart, umgesetzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mitgliedstaaten sich sowohl nach ihrer sozioökonomischen Situation als auch nach ihrer institutionellen Verfasstheit unterscheiden.

Die Operationellen Programme sollen weiterhin die wichtigsten Instrumente darstellen, mit denen die Kohäsionspolitik in den Regionen umgesetzt wird. In der Kommission wurde eine Liste von thematischen Zielen entwickelt, die wiederum Prioritäten für Investitionsschwerpunkte festlegen. In den Regionen ist dann vor dem Hintergrund strategischer Analysen festzulegen, was für die jeweilige Region, für den jeweiligen Mitgliedsstaat zur Anwendung kommen soll. Dabei dürfen ärmere Regionen einen breiteren Investitionsansatz bedienen als reichere. Die Vertreter der Regionen werden die strategische Ausrichtung der Opera-

tionellen Programme begründen und im Diskurs mit der Kommission nachvollziehbar erläutern, dass die ausgewählten Prioritäten den regionalen Entwicklungserfordernissen gerecht werden.

Um das unter besseren Bedingungen zu ermöglichen, wird allerdings nicht allein daran gedacht, konkrete Ziele zu bestimmen, sondern auch das Vorhandensein von adäquaten Rahmenbedingungen zu überprüfen – unter dem Stichwort „Konditionalität“. Sollten diese Rahmenbedingungen noch nicht vollständig vorhanden sein (was allgemein für Deutschland allerdings nicht erwartet wird), könnte sich der Programmumsatz in einer ersten Phase auch der Schaffung der erwarteten Rahmenbedingungen widmen.

Eine weitere besondere Herausforderung wird darin bestehen, für die Kohäsionspolitik den regulativen Rahmen, d. h. die Anforderungen an die bürokratische Abwicklung, so zu gestalten, dass einerseits der Zugang zu den Investitionsmitteln erleichtert wird und andererseits die Ergebnisse der Politik messbar und damit für die Bürger sichtbar vermittelt werden können.



„Ich glaube an den Gedankengang, dass die Vorstellung Europas als eines Wertes eine verbindende Vorstellung ist, die Europäern die Antwort darauf erlaubt, warum sie eigentlich zusammengehören: aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Kultur, die sie miteinander teilen. Und worin besteht der gemeinsame Fluchtpunkt dieser Geschichte und dieser Kultur? In meinen Augen in der Idee der Freiheit, die sich aus der Idee der Menschenwürde heraus plausibilisiert und ihre politische, gemeinschaftliche und kulturelle Gestalt erhält.“

Die Europa-Idee – noch aktuell?

Prof. Dr. Christof Mandry, Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Erfurt

Der Blick in die Zeitungen und die Umfragen zeigt, dass die Europa-Idee gewisse Müdigkeitserscheinungen aufzeigt. Die Selbstverständlichkeit der europäischen Realität und ihre Alltäglichkeit sind es, die die Frage nach der Europa-Idee und ihrer Aktualität zunächst verschütten. Die Europa-Idee ist jedoch nicht überflüssig, sondern sie bedarf der Aktualisierung und der Vergewisserung, getragen von der Zuversicht, dass diese Europa-Idee der Vergewisserung und Aktualisierung auch tatsächlich fähig ist.

Was macht eigentlich die Europa-Idee innerlich von ihren Wertgehalten aus?

„Ich glaube an den Gedankengang, dass die Vorstellung Europas als eines Wertes eine verbindende Vorstellung ist,

die Europäern die Antwort darauf erlaubt, warum sie eigentlich zusammengehören: aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Kultur, die sie miteinander teilen. Und worin besteht der gemeinsame Fluchtpunkt dieser Geschichte und dieser Kultur? In meinen Augen in der Idee der Freiheit, die sich aus der Idee der Menschenwürde heraus plausibilisiert und ihre politische, gemeinschaftliche und kulturelle Gestalt erhält.“

Was bedeutet die Europa-Idee von ihrem Inhalt her?

Die Europa-Idee ist verbunden mit der Erfahrung von Vielfalt und dass diese Vielheit mit der Orientierung an Menschenwürde auch ausgehalten, gewürdigt und bestanden werden kann. Die europäische Lerngeschichte besteht darin, Vielfalt

als Reichtum kennenzulernen, indem sie es erlaubt, Vielfalt in eine Perspektive auf universale Menschenwürde einzuordnen. Diese Werteüberzeugungen haben sich durchgesetzt, weil sie durch Erfahrungen plausibilisiert sind.

Es seien einige Entwicklungen benannt, die europäische Vorgänge darstellen, die gleichzeitig so etwas wie einen europäischen Raum erfahren und diesen in Vielfalt und Einheitlichkeit hervortreten ließen.

Zunächst ist die lateinische Christenheit zu nennen als die letzten Erben spätantiker Zivilisation, die mit einem Netzwerk von Klöstern die europäische Welt überzogen haben, die sich heute noch wiederfinden lassen und die wie ein großes Netzwerk europäische Kultur verbreiten, von ihr zeugen und auch heute noch lebendig sind. Diese Klöster haben Verbindungen in einem Raum geschaffen, der durch die Begegnungen von Menschen, durch Kommunikation zwischen Menschen strukturiert und als europäischer Raum erst hergestellt wurde. Es lassen sich in der europäischen Geschichte ganz viele dieser Netzwerke aufzeigen, in denen

so etwas wie Gemeinsamkeit und Begegnung wirklich geworden sind und die an der Wurzel der Europa-Idee stehen.

Später hat sich eine der ersten spezifisch europäischen Institutionen – die Universität – herausgebildet. Neu deshalb, weil sie einen Ort der Freiheit des Geistes darstellte, der allein als Bildungsproduktion und -verbreitung gedacht war.

Die Idee der Freiheit der Wissenschaft und der Korporation der Wissenschaften ist eine europäische Entwicklung, die bis in die Gegenwart hinein ein Netzwerk europäischer Geistigkeit hervorgebracht hat, und zwar durchaus in dem Sinne, dass selbst in jenen Zeiten, als europäischer Nationalismus die europäische Idee in besonders harter Weise aufgespalten hat, die Zeit um den 1. Weltkrieg herum, noch die europäischen Wissenschaftsnetzwerke funktioniert haben und Europäer der verschiedensten Nationen auf wissenschaftlichen Gebieten miteinander kommunizieren konnten, obwohl sie von ihrer nationalen Ausrichtung her sich schon nichts mehr zu sagen hatten.



Prof. Dr. Christof Mandry,
Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Erfurt

Eine weitere zentrale europäische Bewegung ist die Aufklärung gewesen – als eine philosophische, eine literarische und als eine politische Richtung, in der die verschiedenen geistigen Strömungen, nämlich Wissenschaft, Christentum, Kunst, gebündelt wurden und eine Einheit gefunden haben, indem sie unter die Idee der Freiheit und der Menschenwürde gestellt wurden. Die Aufklärung hat auf philosophischer Ebene die Befreiung des Menschen aus seiner geistigen Unmündigkeit gefordert. Auf literarisch-künstlerischer Ebene hat sie die Idee der Autonomie der Kunst hervorgebracht im Sinne der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner ganzen Umwelt und seinem Dasein auf künstlerische Art und Weise. Besonders wirkmächtig entfaltete sie sich auf der politischen Ebene als die Forderung nach der Befreiung aus politischer Unterdrückung und zur Partizipation an der Bestimmung des Gemeinwesens.

Die Europa-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die europäische Nachkriegszeit nach 1945 hat ihren Höhepunkt erreicht als eine politische Bewegung, die angesichts der Katastrophen europäischer Gewaltgeschichte die natio-

nale Orientierung infrage gestellt und sich angeschickt hat, diese zu überwinden. Die Erfahrung der Europäer im 20. Jahrhundert war, dass sie durchaus in der Lage sind, europäische Kultur und Zivilisation in ihr Gegenteil zu verkehren und diese auszulöschen, und dass nur eine dezidierte, an europäischen, zivilisatorischen Ideen ausgerichtete Relativierung europäischer Gegensätze in die Zukunft führen können.

Der Blick auf die europäische Geistesgeschichte zeigt drei große Komplexe, die zu dieser Geschichte und ihrer Vielfalt etwas beigetragen haben. Sie werden für gewöhnlich benannt als Jerusalem, Rom und Athen. Emblematische Begriffe, die stehen als Jerusalem, die Geschichte von Judentum und Christentum und ihren Beitrag im Sinne einer Hingabe an transzendente Werte, die Relativierung innerweltlicher Ziele und die Hinwendung zum Menschen, wo immer er bedroht, marginalisiert, ausgeschlossen und gedemütigt ist, und die Verantwortung des Individuums, dass Individuum angesichts der Zuwendung Gottes auch tatsächlich bestehen kann. Die Botschaft Athens an die europäische Kultur besteht

im kritischen Geist, in dem Impuls, Dinge infrage zu stellen und auf ihre Wirklichkeitsgemäßheit zu hinterfragen, und von den Menschen in seiner Größe und in seiner Tragik denken zu können. Und schließlich Rom, das seine zivilisatorische Leistung vor allem im Recht der europäischen Geschichte geprägt hat, nämlich dass das gesellschaftliche und staatliche Leben im Rahmen eines für alle geltenden Rechts zu orientieren ist und das jedem im Staat sein Recht zubilligt.

Die europäische Idee hat für Europäerinnen und Europäer ihren Sinn darin, dass sie eine Vision darstellt, wie die Zusammengehörigkeit der Europäer und ihre Orientierung in die Zukunft verstanden werden kann, und zwar mit einer Idee der Menschenwürde, die auf einer Vielfalt von begründenden Quellen ruht und gerade aus dieser Orientierung an der Vielfalt ihre Integrationsfähigkeit für zukünftige Aufgaben und zukünftige aktuelle Orientierungen schöpft. Diese Idee der Menschenwürde, aus der sich die Bevorzugung einer Ordnung des Rechtes und der Gerechtigkeit ergibt, stellt nicht nur etwas dar, was für Europa von Wert, sondern gleichzeitig eine Mitgift europäischer Kultur an die Mensch-

heit insgesamt ist. Europa ist attraktiv in dem Sinne, dass es ein wertgebundenes Modell von Staat und Gesellschaft darstellt. Europa ist deshalb attraktiv, weil es Frieden, Sicherheit und Wohlstand umfasst, dabei die Beheimatung in Nation und Region nicht aufhebt, sondern integriert, und für die Welt insgesamt ein Modell darstellt, denn Gerechtigkeit und Herrschaft des Rechtes werden unter der Idee der Menschenwürde miteinander verbunden.

Es ist zu hoffen, dass die Europäer die Kraft aufbringen, die eigenen Probleme in diesem Sinne anzugehen und politische Fantasie dafür zu entwickeln und auch in der Lage sind, dies überzeugend für die Welt darzustellen.



Podiumsdiskussion:

Inputs für die strategische Ausrichtung der Regionalpolitik in Thüringen

- ▶ **Constanze Krehl**, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Regionalausschusses im Europa-Parlament
- ▶ **Matthias Wierlacher**, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank
- ▶ **Professor Dr. Gerhard Untiedt**, Geschäftsführer und Gesellschafter der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen in Münster und Honorarprofessor für Empirische Wirtschaftsforschung an der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld

- ▶ **Professor Dr. Andreas Tünnermann**, Leiter des Fraunhofer Instituts für Angewandte Optik und Feinmechanik in Jena und Leiter des Instituts für Angewandte Physik an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena
- ▶ **Andreas Krey**, Sprecher der Geschäftsführung und Geschäftsführer der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH



Constanze Krehl,
Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des
Regionalausschusses im Europa-Parlament

Wie gut wird europäische Strukturpolitik kommuniziert?

Ich finde, Strukturpolitik ist die erfolgreichste Politik, die wir überhaupt haben in der Europäischen Union, weil sie eben direkt vor Ort bei den Menschen ankommt, weil sie von ihnen auch organisiert wird und sie die Projekte auch selber erfahren. Von daher wünsche ich mir eine größere Sichtbarkeit auch in Zukunft, weil sie den Menschen zeigen, Europa tut was für euch, Europa ist da und hilft. Und das bringt auch den europäischen Integrationsgedanken ein Stückchen voran.

Welche Möglichkeiten stehen europäischen Regionen und damit natürlich auch Thüringen zur Verfügung, um Entscheidungen in Brüssel zu künftigen Strategien zu beeinflussen?

Erstens ist im Parlament jede Abgeordnete, jeder Abgeordnete Vertreterin und Vertreter der Regionen, aus der sie kommen. Zum Zweiten gibt es den Ausschuss der Regionen. Der ist sehr aktiv. Der beteiligt sich auch intensiv an den Debatten jetzt gerade zum 5. Kohäsionsbericht. Die Rechte des Ausschusses der Regionen sind gestärkt worden.

Und zum Dritten: Wir haben die Vertretungen der Länder in Brüssel vor Ort. Also ich denke, da gibt es schon eine sehr intensive Zusammenarbeit, zumal die Kommission auch mit dem 5. Kohäsionsforum nicht nur die Regionen aufgefordert hat, sich zu beteiligen, sondern auch andere Partner aufgefordert hat.

Für mich ist wichtig, dass bei der Erstellung der Operationellen Programme die regionalen Vertreter hier in Thüringen vor Ort stärker eingebunden werden. In den Regionen muss es möglich bleiben zu entscheiden, was ein Land insgesamt am meisten nach vorn bringt.



Matthias Wierlacher,
Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

Welche Erwartungen haben Unternehmer an die Wirtschaftsförderung?

Die Unternehmer haben die gleichen Erwartungen wie wir alle in unserem täglichen Miteinander, insbesondere im Geschäftsleben: Schnelligkeit, Transparenz, Konsequenz und Verlässlichkeit, Berechenbarkeit in der Entscheidung. Daher hat es mich heute sehr beruhigt zu hören, dass auch zukünftig eine Förderung aus den europäischen Strukturfonds in Thüringen zu erwarten ist und dass die Entscheidungen vor Ort fallen sollen.

Die Entwicklung Thüringens in den letzten beiden Jahrzehnten stellt eine wirkliche Erfolgsgeschichte der Regionalentwicklung dar. Auch deswegen gebe ich gerne das Signal nach Brüssel, nicht allzu viel zu verändern. Ich glaube, dass wir mit dem, wie wir in den letzten Jahren gearbeitet haben, verflücht erfolgreich waren.



Professor Dr. Gerhard Untiedt,
Geschäftsführer und Gesellschafter der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen in Münster und Honorarprofessor für Empirische Wirtschaftsforschung an der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld

Zur Aufgabe der Strukturpolitik und der Politikevaluierung ...

Die EU-Strukturpolitiken stellen eine der Säulen der europäischen Integrationspolitik dar, gleichberechtigt im Prinzip mit der Entwicklung des europäischen Binnenmarkts und der gemeinsamen Währung. Wirtschaftlich und technologisch rückständige Regionen sollten nicht die Verlierer dieses europäischen Integrationsprozesses sein. Dementsprechend wurden und werden sie seit Ende der achtziger Jahre finanziell durch die Europäische Union unterstützt, um die strukturellen Defizite zu überwinden und um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. In diesem Sinne stützen die EU-Strukturpolitiken den europäischen Integrationsprozess, der als ein gemeinsamer europäischer Prozess zur Sicherung von nachhaltigem Wachstum und Wohlstand bezeichnet werden kann.

Die Evaluierung der Strukturpolitiken bewertet, immer mit Blick auf die definierten Ziele, einzelne Maßnahmen oder die Gesamtheit aller Interventionen. Dabei ist ein kompletter Politik-Zyklus zu betrachten. Das Kernziel der Strukturpolitiken besteht darin, eine Konvergenz in der sozioökonomischen Entwicklung der europäischen Regionen zu erreichen,

d. h. letztlich muss das Pro-Kopf-Einkommen in den geförderten Regionen schneller wachsen als in den übrigen Regionen. Dann und nur dann stellt sich Konvergenz ein. Evaluation beginnt mit der Identifikation der Notwendigkeiten in den Regionen und in einem zweiten Schritt dann mit der Identifikation der Maßnahmen, die einen Zielbeitrag leisten. Diese Maßnahmen werden umgesetzt. Und es wird anschließend geschaut, welche Wirkungen von ihnen ausgehen. Die Wirkungen können einerseits einzelwirtschaftlicher Natur sein. Das heißt: Ist ein Unternehmen durch die Förderung in der Lage, mehr Beschäftigung zu schaffen, eine höhere Produktivität zu erzielen, neue Produkte auf den Markt zu bringen? Oder ist eine Region nach dem Ende der Förderung besser angebunden an das zentrale Verkehrsnetz? Andererseits werden gesamtwirtschaftliche Effekte mit den Strukturpolitiken ausgelöst, und zwar kurzfristig, indem während der Umsetzung der Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche (regionale) Nachfrage erhöht wird, und langfristig die angebotsseitigen Produktionsbedingungen verbessert werden, die eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beinhaltet. Diese werden durch die Analyse der großen volkswirtschaftlichen Aggregate wie z. B. der Entwicklung des BIP, der Arbeitslosenquote usw. bewertet.

Für Thüringen kann man sagen, dass sich zum einen für einzelne Maßnahmen – beispielsweise die FuE-Förderung oder die Investitionsförderung – in der Unternehmensentwicklung signifikant positive Ergebnisse zeigen. Wir haben auch die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen untersucht und dabei festgestellt, dass ohne die Strukturfonds das Einkommen pro Kopf etwa 2 % niedriger sein würde als es mit Einsatz der Strukturfonds ist. (Vgl. Anhang zur Halbzeitevaluierung)

Welche Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven sehen Sie für Thüringen?

Die Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven sind in Thüringen nicht die schlechtesten. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung hat Thüringen einen beachtlichen Entwicklungsstand erreicht und fällt nicht mehr in die Höchstfördergebietsdefinition der EU. Ein gutes Ergebnis! Man befindet sich weiterhin tatsächlich auf einem dynamischen Entwicklungspfad, der Thüringen an den europäischen Durchschnitt



heranführt. Mit Blick auf die Erstellung eines Operationellen Programms, der Partizipation der Regionen im Planungsprozess und der regionalen Verteilung der Finanzmittel habe ich eine etwas andere Meinung als Frau Kehl. Das liegt zum einen daran, dass ein Großteil der Finanzmittel aus den EU-Strukturfonds nicht über staatliche Prozesse regional verteilt wird, sondern nachfragebedingt von den Unternehmen abgerufen wird. Dort, wo sie ihren Sitz haben, finden regelmäßig die Investitionen statt.

Dort, wo die Unternehmen ihre FuE-Abteilungen haben, findet die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit statt, sodass die räumliche Verteilung der Mittel in weiten Teilen durch die Verteilung der Unternehmen oder der Forschungseinrichtungen im Raum bedingt ist. Eine staatlich gesteuerte Verteilung der Finanzmittel kann sinnvoll nur in den Bereichen stattfinden, in denen es eine Hoheit des Staates über die regionale Verwendung der Finanzmittel gibt, also z. B. bei Infrastrukturvorhaben. Aber auch dort wäre der Staat schlecht beraten, in periphere Regionen – auch wenn diese es wünschen – zu investieren, wenn es beispielsweise um den Ausbau oder Aufbau von FuE-Einrichtungen geht. Diese Einrichtungen kann man nicht überall hinsetzen.

Beteiligt man die Regionen auf allen Ebenen des Planungsprozesses, schlagen die Partikularinteressen der Gemeinden und Kommunen voll durch. Sie erhalten dann ein anderes Operationelles Programm, welches vermutlich suboptimal sein wird. In Abhängigkeit von den einzelnen Fördertatbeständen müssen die Entscheidungsprozesse auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Es kann sicherlich einen Teil geben, den man über einen Verhandlungsprozess regional verteilt, aber das geschieht doch auch heute schon. Es ist ja nicht so, dass die regionalen Vertreter nicht an der Erstellung des Operationellen Programms beteiligt sind.



Professor Dr. Andreas Tünnermann,
Leiter des Fraunhofer Instituts für Angewandte Optik und Feinmechanik in Jena und
Leiter des Instituts für Angewandte Physik an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena

Welche Faktoren sind entscheidend für die Innovationsfähigkeit einer Region?

Man darf nicht vergessen, dass Innovation immer bedeutet, dass Wissen in ein Produkt überführt wird, in etwas, was auch wieder zu Einkommen führt. Forschung bedeutet zunächst den Transfer von Geld in Wissen. Um jetzt Innovation zu vollziehen, brauchen wir den zweiten Schritt.

Das bedeutet konkret, dass wir Strukturen haben – das ist in Jena auch gegeben –, die die komplette Wertschöpfungskette von der Wissensgenerierung bis hin zum Produkt, bis hin zur Dienstleistung abbilden. Ich glaube, es macht Jena in den neuen Bundesländern speziell aus, dass wir hier Strukturen haben, die historisch gewachsen sind, und wir mit der Universität und den Forschungseinrichtungen eine Basis haben, die von der Grundlagenforschung in die angewandte Forschung übergeht, aber auch die Firmen erreicht, die sich vor Ort mit Produktentwicklung, mit der Fertigung und mit den Themen Marketing und Vertrieb beschäftigen. Erst der Vollzug dieses gesamten Kreislaufs führt zur Entstehung einer selbsttragenden Struktur.

Bedeutung der Forschungs- und Innovationsförderung in der Regionalpolitik?

Investitionen in Forschung, Innovation und Bildung sind sehr wichtig für Thüringen, für Deutschland und für Europa.

Wir leben davon, dass wir gute Ideen haben. Wir leben davon, dass wir junge Leute gut ausbilden. Wir werden verschiedene Schwerpunkte setzen müssen. Das heißt, dass wir auch Strukturen schaffen, die in der Lage sind, Grundlagenforschung zu betreiben, die sich vielleicht erst in 10 oder 20 Jahren tatsächlich über innovative Produkte am Markt durchsetzt.

Das heißt, wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen Menschen, wir brauchen Ressourcen und wir brauchen auch das Vertrauen der Gesellschaft in die jungen Leute, die an ihren Forschungsprojekten arbeiten, damit die notwendige Kontinuität entsteht. Für mich ist ein gutes Beispiel das, was im Bereich der Lasertechnik passiert ist. Hier haben wir Mitte der 90er-Jahre in Deutschland angefangen, uns mit Fragestellungen im Bereich der Festkörperphysik zu beschäftigen. Und heute ist Deutschland Weltmarktführer auf diesem Gebiet. Heute werden rund 60 % aller Lasersysteme, die in der Lasermaterialbearbeitung eingesetzt werden, in Deutschland gefertigt und in die Welt exportiert. Die Exportquote liegt bei über 80 %. Der Weg zu dieser Weltmarktführerschaft war sehr lang und auch mit vielen Hürden belegt und hat nur funktioniert, weil die Gesellschaft an die Forscher, auch an die Unternehmen mit ihren Visionen geglaubt hat.

Bezogen auf die Europäische Union verlangt das für die Zukunft Visionen: Wo geht es eigentlich langfristig hin? Was sind Entwicklungsschwerpunkte? Wo werden wir zukünftig Arbeitsplätze schaffen und erhalten können? Und darauf basierend sollte man anfangen, sich Gedanken zu machen über Organisationen und Prozesse.

Wie sieht eine perfekte Innovationsförderung aus?

Wir haben schon festgestellt, Innovationen brauchen Köpfe in einer guten Kombination mit der erforderlichen Infrastruktur. Die Verbesserung der Ergebnisorientierung der Forschung erfordert außerdem eine funktionierende Kommunikationsbasis. Ein Thema, das hier in Thüringen, auf Bundesebene und auch auf EU-Ebene gut funktioniert, ist die Verbundforschung und ihre Förderung. Das heißt, Forschungseinrichtungen und Unternehmen agieren gemeinsam. Sie bringen Themen ein, da werden Leute ausgetauscht, da gibt es so etwas wie Job-Rotation, da ist die Weiterbildung automatisch mit integriert. Das sind Prozesse, mit denen wir den Wissenstransfer optimieren.



Andreas Krey,
Sprecher der Geschäftsführung und Geschäftsführer
der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH

Welche Rolle spielen Fördermöglichkeiten bei der Ansiedlung von Unternehmen?

Diesbezüglich erleben wir in den letzten Jahren einen Wandelprozess. Darin spiegelt sich insbesondere die Globalisierung wider. Thüringen hat den wesentlichen Vorteil: Es liegt in der Mitte von Deutschland, dem größten Wirtschaftsraum,

und in der Mitte Europas. Also wir werben erfolgreich mit dem Thema einer gut ausgebauten Infrastruktur in der Mitte Deutschlands.

Wir profitieren natürlich auch von einem zunehmenden Imagegewinn. Es wird uns zukünftig schwerer fallen, die Nachfrage nach Fachkräften zu bedienen. Nach unseren Erfahrungen stehen die Fördermöglichkeiten an zweiter oder dritter Stelle im Rahmen von Standortentscheidungen.

Welche Auswirkungen lassen rückläufige Investitionen in die Infrastruktur erwarten?

Die Frage, mit der wir uns intensiver beschäftigen lautet: Wie viel Infrastruktur braucht das Land? Wie weit fahre ich bis in den nächsten Ort? Es ist immer natürlich auch das Thema im Zusammenhang mit Demografie: Wie gestalte ich den ländlichen Raum letztlich aus?

Wir haben eine gute Infrastruktur. Die wird international angenommen. Wir müssen stärker Prioritäten setzen in mehrwertschöpfenden Themen. Zukünftig müssen wir uns darauf konzentrieren, die FuE-Infrastruktur konkurrenzfähig zu halten.



Halbzeitevaluierung zum Operationellen Programm des Freistaates Thüringen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in der Periode 2007 bis 2013

Zusammenfassung

Die Halbzeitevaluierung für das OP EFRE wurde durch Prof. Untiedt, GEFRA (Münster) und die Gesellschaft für Regionalberatung (Bremen) im Zeitraum Juli 2010 bis April 2011 durchgeführt.

Das Gutachten umfasst:

- ▶ die Analyse der sozioökonomischen und ökologischen Entwicklung Thüringens
- ▶ eine Auswertung des Umsetzungsstands des OP EFRE in den Fördermaßnahmen zum 30.06.2010
- ▶ eine Bewertung der Querschnittsziele im Rahmen der Umsetzung des OP
- ▶ Aussagen zu den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Einsatzes der EFRE-Fördermittel
- ▶ Optionen und Handlungsmöglichkeiten für die zweite Hälfte der laufenden Förderperiode
- ▶ Perspektiven des EFRE für die Zeit nach 2013

Sozioökonomische und ökologische Entwicklung Thüringens

Anknüpfend an die Analyse der Ausgangssituation im OP EFRE erfolgte eine Untersuchung der sozioökonomischen und ökologischen Entwicklung Thüringens. Die voraussichtliche Entwicklung in der zweiten Hälfte der Förderperiode wurde abgeschätzt.

- ▶ Das Wirtschaftswachstum in Thüringen liegt seit Mitte der 90er-Jahre kaum nennenswert über demjenigen in

Westdeutschland. Im Verlauf der aktuellen Förderperiode bleibt 2007 und 2008 das Wirtschaftswachstum zunächst etwas hinter der westdeutschen Entwicklung zurück. Im Jahr 2009, auf dem Höhepunkt der weltweiten Konjunkturkrise, schrumpft die Thüringer Wirtschaft allerdings weniger stark als die westdeutsche. Am aktuellen Rand ist wieder ein deutliches Wachstum zu verzeichnen.

- ▶ Die Arbeitslosigkeit ist in Thüringen im gesamten Zeitraum deutlich höher als in Westdeutschland. Ihren Höhepunkt erreicht die Arbeitslosenquote 1997 mit einem Wert von 19,1 %. In der Förderperiode 2000 – 2006 liegt die Arbeitslosigkeit konstant über 16 %. Erst mit dem konjunkturellen Aufschwung 2007/2008 nimmt die Arbeitslosigkeit spürbar ab. Dabei verringert sich die Arbeitslosigkeit auch relativ gegenüber Westdeutschland, wenngleich auch dort die Arbeitslosenquote rückläufig ist.
- ▶ Mit der Wiedervereinigung kommt es in Thüringen Anfang der 90er-Jahre zu einem dramatischen Einbruch in der Erwerbstätigkeit. Zwischen 1991 und 1993 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen um gut 17 %. Seitdem reicht das Wirtschaftswachstum für einen nennenswerten Beschäftigungsaufbau nicht aus. Im Zuge des Aufschwungs zu Anfang der Förderperiode verbessert sich der Beschäftigungsstand zwar leicht (2008 ein Plus von gut 2 % gegenüber 2006), doch sinkt die Erwerbstätigkeit im Jahr 2009, seit 2010 ist wieder ein Anstieg zu beobachten.

- ▶ Die ökonomischen Probleme in Thüringen werden durch langfristig angelegte demografische Trends überlagert, die zu einem massiven Bevölkerungsrückgang und einer nachhaltigen Veränderung der Bevölkerungsstruktur führen. Die Bevölkerung geht seit 1991 kontinuierlich und mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von fast (minus) 0,8 % zurück. Insgesamt beträgt der Rückgang zwischen 1991 und 2009 13 %. Zurzeit leben in Thüringen noch 2,27 Mio. Einwohner. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes geht davon aus, dass die Einwohnerzahl bis 2020 auf 2,0 Mio. und bis 2050 sogar auf 1,5 Mio. sinken wird. Der Bevölkerungsrückgang speist sich dabei aus zwei Quellen: einem Sterbeüberschuss bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und einer hohen Abwanderungsrate. Letztere bildet mittlerweile den wichtigsten Faktor für den Bevölkerungsverlust Thüringens.
- ▶ Die deutlichen Steigerungen im BIP in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung auf der einen Seite und der Bevölkerungsrückgang auf der anderen führen dazu, dass es in Thüringen zunächst zu enormen Zuwächsen im Pro-Kopf-Einkommen kommt. Erreicht diese zentrale Kennziffer 1991 nur etwas mehr als ein Drittel des westdeutschen Niveaus, steht sie 1994 bereits bei 56 %. In den Jahren danach lässt die Angleichung aber erheblich nach: Bis zum Jahr 2009 kommt es nur noch zu geringen jährlichen Zuwächsen, das relative Pro-Kopf-Einkommen steht nun bei 70 %. Die Konvergenzrate in den beiden Jahren 2007 und 2008 fällt hierbei eher unterdurchschnittlich aus. Im Krisenjahr 2009 dagegen ist bedingt durch den weniger stark ausgeprägten Konjunktüreinbruch die Wachstumsdifferenz beim Pro-Kopf-Einkommen etwas höher als in den Jahren zuvor.

Durch den ökonomischen „Transformationsschock“ in Folge der Wiedervereinigung in Form von Währungsunion, Lohnangleichung und ungeschütztem Wettbewerbsdruck ist es in den Jahren zwischen 1991 und 1995 im Zusammenspiel mit hohen Transferzahlungen aus dem früheren Bundesgebiet zu einer massiven Umstrukturierung der Thüringer Wirtschaft gekommen. Insgesamt zeigt somit die sektoral differenzierte Analyse der Entwicklungslinien auf der Entstehungs- und Verwendungsseite des Inlandsprodukts deutliche Strukturverschiebungen und eine hohe Dynamik. Hinter der seit Mitte der 90er-Jahre zu beobachtenden Stagnation auf

gesamtwirtschaftlicher Ebene versteckt sich gleichsam ein „zweifacher“ Konvergenzprozess:

- ▶ Zum einen nähert sich die Struktur der thüringischen Wirtschaft wieder der westdeutschen an. Der Wertschöpfungsanteil im handelbaren Sektor ist deutlich angestiegen, während die Anteile der Bauwirtschaft und der Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen geschrumpft sind. Dieser Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Erwerbstätigenanteile der Bauwirtschaft und des öffentlichen Dienstleistungssektors liegen zusammengenommen immer noch um gut 8 % über ihren westdeutschen Vergleichswerten.
- ▶ Zum zweiten verdeckt die aggregierte Kennzahl BIP je Erwerbstätigen eine rasche Konvergenz des Produktivitätsniveaus im thüringischen Verarbeitenden Gewerbe, welches mittlerweile nur noch um 18 % unter dem westdeutschen Wert liegt.

Als Chancen und Risiken benennen die Gutachter für Thüringen folgende Faktoren:

Investitionstätigkeit, Kapitalstock und Infrastruktur

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote bewegt sich in Thüringen bis Mitte der 90er-Jahre auf einem sehr hohen Niveau. Das Gros der hohen Investitionen ist in bauliche Anlagen geflossen und hat dem Aufbau der öffentlichen Infrastruktur sowie dem Städte- und Wohnungsbau gedient.

Auf der Angebotseite ermöglichen die erheblichen Investitionen in den unternehmerischen Kapitalstock und die öffentliche Infrastruktur bis Mitte der 90er-Jahre in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft Thüringens eine enorme Produktivitätssteigerung. Die sektoral differenzierte Betrachtung der Investitionstätigkeit in Thüringen zeigt, dass im Dienstleistungsbereich die Ausrüstungsinvestitionen seit Anfang des Jahrzehnts unterhalb der westdeutschen Investitionsquote liegen.

In der Industrie dagegen liegt die Quote der Ausrüstungsinvestitionen seit der Wiedervereinigung beständig über dem Niveau der alten Länder. Die hohen Ausrüstungsinvestitionen und die damit verbundene Kapitalintensivierung sind eine wichtige Determinante für das hohe Produktivitätswachstum und den Konvergenzprozess im Verarbeitenden Gewerbe Thüringens.

FuE und Innovation

Die verfügbaren FuE-Kapazitäten sind insgesamt deutlich geringer als der westdeutsche Durchschnitt. Sie entfallen zum überwiegenden Teil auf den öffentlichen Sektor, der sich weitgehend unabhängig von der Wirtschaft entwickelt und dessen Beschäftigungsniveau aufgrund der hohen öffentlichen Förderung sogar oberhalb des Niveaus in den alten Ländern liegt. Dagegen liegt die FuE-Intensität der gewerblichen Wirtschaft unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Beim Innovationserfolg liegen die Thüringer Unternehmen hinter den westdeutschen Wettbewerbern. Die Kennziffern für Patente, technologieorientierte Unternehmensgründungen, Auslandsumsätze und Direktinvestitionen sind in Thüringen zum Teil deutlich geringer als in den alten Ländern.

Humankapital

Die Bevölkerung Thüringens verfügt über ein hohes formales Ausbildungsniveau. Die Zahl der Studierenden in Thüringen ist seit der Wende kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der Akademiker an den Thüringer Beschäftigten liegt noch leicht über dem westdeutschen Vergleichswert.

Der Anteil an Beschäftigten ohne Abschluss ist in Thüringen deutlich niedriger als in Westdeutschland. Der Indikator Studierende pro 1.000 Einwohner liegt dennoch mit 22,5 hinter dem westdeutschen Durchschnitt von 26,5. Weiterhin verlassen mit 20,9% im Vergleich zu Westdeutschland (24,9%) weniger junge Menschen die Thüringer Hochschulen mit einem abgeschlossenen Erststudium.

Der Anteil der Selbstständigen an den Thüringer Erwerbstätigen liegt mittlerweile nur noch wenig unter dem westdeutschen Wert. Der Anstieg ist aber zum Teil auch auf die Entscheidung zur Selbstständigkeit als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Umsetzung des OP EFRE in den Fördermaßnahmen

Die Gutachter haben den Umsetzungsstand der einzelnen Fördermaßnahmen in den Schwerpunkten untersucht und Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode aufgezeigt. Die Bewertung basiert durchgängig auf den Daten zum 30. Juni 2010.

Schwerpunkt 1

„Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovation“

Handlungsfeld „Förderung von FuE, Steigerung der FuE-Aktivitäten von in der Regel KMU, Verknüpfung der Aktivitäten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen“:

Die Stärkung der betrieblichen Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit insbesondere bei KMU nimmt innerhalb der EFRE-Förderstrategie eine zentrale Rolle ein. In diesem Handlungsfeld steht eine Reihe von Maßnahmen im Fokus, die sich einerseits direkt an die Unternehmen richten, andererseits aber auch die Forschungskapazitäten von öffentlichen Einrichtungen stärken.

Hierfür ist zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung insgesamt ein öffentliches Mittelvolumen von 150 Mio. Euro aufgewendet worden. Einschließlich der privaten Mittel wurde ein Investitionsvolumen von 271 Mio. Euro unterstützt. Die Bewilligungsquote liegt bei 47,6%. Die größte Bedeutung innerhalb des Handlungsfeldes besitzt die einzelbetriebliche Technologieförderung. Ergänzend werden unternehmerische Investitionen zur Einführung neuester Technologien gefördert.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Falls vor Ablauf der Förderperiode erkennbar ist, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend sein sollten, sollte über eine Aufstockung des Mittelvolumens nachgedacht werden.

Handlungsfeld „Ausbau der öffentlichen FuE- sowie Bildungsinfrastruktur“:

Der Umsetzungsstand des Handlungsfeldes ist mit einer Bewilligungsquote von 62% der öffentlichen Mittel auf einem guten Stand. In der ersten Programmhälfte standen bauliche Maßnahmen und die technische Ausstattung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Mittelpunkt der Förderung. Insgesamt wurden rund 130 Mio. Euro für die Verbesserung der FuE-Infrastruktur an Investitionen bewilligt. Rund 75% wurden davon zur Stärkung der Hochschulinfrastrukturen verwendet. Mit Blick auf die regionale Verteilung zeigt sich eine starke Konzentration der Mittel auf die Forschungsstandorte Jena und Ilmenau.

Obwohl der Beitrag der Infrastrukturförderung zur Stärkung von FuE und Innovation nicht direkt messbar ist, kann davon ausgegangen werden, dass die EFRE-Förderung einen

wichtigen Beitrag geleistet hat, den Aufholprozess gegenüber den westdeutschen Ländern zu beschleunigen. Die Förderung ermöglicht den Kapazitätsausbau für anwendungsorientierte Forschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und verbesserte die Drittmittelfähigkeit der geförderten Einrichtungen.

Im Förderbereich „Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung“ wurden Investitionen zur Anpassung des Systems der beruflichen Bildung an zukünftige Herausforderungen getätigt. Die Investitionen zielen einerseits auf außer- und überbetriebliche Aus- und Fortbildungsstätten sowie auf staatliche Berufsschulen. Die Vorhaben erscheinen geeignet, Bedarfe an Aus- und Weiterbildungsplätzen in wichtige Branchen der thüringischen Wirtschaft (z.B. Metallverarbeitung) zu decken, die Qualität der beruflichen Bildung zu steigern und sie kontinuierlich neuen technologischen und sozioökonomischen Anforderungen anzupassen. Damit werden die Standortbedingungen der Industrie und des Handwerks gestärkt. Der Förderbereich „Unterstützung der Thüringer allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bei der Ausstattung mit moderner IuK-Technik sowie Laborausrüstungen“ hat die infrastrukturelle Ausstattung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit IuK-Technik und berufsfeldbezogenen Geräten flächendeckend verbessert. Mit der Förderung von praxisbezogener Unterrichtsausstattung wird dem technisch-wirtschaftlichen Wandel Rechnung getragen und auf neue Anforderungen in der Arbeitslandschaft reagiert.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Die Förderung ist grundsätzlich problemadäquat und knüpft an den regionalen Potenzialen und Handlungsanforderungen an. Für den Bereich der FuE-Infrastruktur ergibt sich im Hinblick des weit fortgeschrittenen Umsetzungsstandes kein signifikanter Anpassungsbedarf.

Auch bei der Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur sowie den berufsbildenden Schulen sollte der bisherige Pfad beibehalten werden. Bei der Ausstattung der Thüringer Schulen mit IuK-Technik und Laborausrüstung sollte in der zweiten Hälfte ein stärkerer Fokus auf berufsfeldbezogene Investitionen gelegt werden.

Handlungsfeld „Interregionale Zusammenarbeit“

Zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung sind zwei Wettbewerbsaufrufe in den Jahren 2008 und 2009 erfolgt. Hieraus

sind 20 transnationale und interregionale Projekte hervorgegangen, an denen mindestens 3 nationale und internationale Partner beteiligt sind. Die Zahl der Thüringer Partner an allen Projekten beläuft sich auf 47.

Bei den geförderten Projekten handelt es sich um FuE-Projekte. Durch die internationale Orientierung der Projekte kann erwartet werden, dass mit den geförderten FuE-Projekten besonders hohe Wissensspillover einhergehen.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Die Förderung sollte in der praktizierten Art weitergeführt werden.

Schwerpunkt 2

„Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“

Handlungsfeld „Förderung der Investitionstätigkeit der Unternehmen“

Die Förderung der einzelbetrieblichen Investitionstätigkeit ist im Rahmen des Einsatzes von EFRE-Mitteln in Thüringen ein seit Langem etabliertes Instrument. Auch in der aktuellen Förderperiode werden sehr umfassend Investitionen in den unternehmerischen Sachkapitalstock vornehmlich der Industrie und produktionsnaher Dienstleistungen gefördert. Die direkte Verbesserung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit sowie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist das zentrale Ziel des EFRE-Einsatzes.

Zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung wurden mit öffentlichen Mitteln in Höhe von rund 420 Mio. Euro private Investitionen in Höhe von 1,48 Mrd. Euro angeschoben. Insgesamt summiert sich das förderfähige Investitionsvolumen der bewilligten Projekte auf rund 1,9 Mrd. Euro. Die Unterstützung der unternehmerischen Investitionstätigkeit im Rahmen dieses Handlungsfeldes erfolgt hauptsächlich durch die Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Bis zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung wurden durch den EFRE 590 Investitionsprojekte unterstützt und rund 5.000 Arbeitsplätze geschaffen sowie nahezu 30.000 Arbeitsplätze gesichert.

Die Förderung konzentriert sich stark auf KMU, mehr als vier Fünftel der geförderten Unternehmen fallen in die entsprechende Betriebsgrößenklasse. Auf Basis der sektoral differenzierten Auswertung wurde festgestellt, dass knapp 96%

der geförderten Investitionsprojekte und 97 % der Investitionssumme auf die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entfallen. An den industriellen Anlageinvestitionen im Förderzeitraum hat das (förderfähige) Investitionsvolumen einen durchschnittlichen Anteil von rund 23 %.

Die Konzentration der Förderung auf das Verarbeitende Gewerbe leistet einen signifikanten Beitrag für die Verbreiterung der industriellen Basis in der Thüringer Wirtschaft. Im Einklang mit theoretischen und empirischen Erkenntnissen aus der Wirtschaftsförderung kann davon ausgegangen werden, dass die durch den EFRE geförderten Investitionen für die Erweiterung und Modernisierung des Kapitalstocks, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den weiteren Aufholprozess Thüringens eine Schlüsselgröße haben.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Als seit Langem etabliertes und effektives Instrument sollte die Förderung der einzelbetrieblichen Investitionstätigkeit auch in der zweiten Hälfte der Förderperiode zentrales Handlungsfeld des EFRE-Einsatzes sein.

Handlungsfeld „Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur“

Im Handlungsfeld „Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur“ wurden bis zum 30.06.2010 öffentliche Mittel und Investitionen von rund 70 Mio. Euro bewilligt. Zur Entwicklung der Infrastruktur für die gewerbliche Wirtschaft wurden 13 Vorhaben mit förderfähigen Investitionen von 23 Mio. Euro bewilligt, darunter die Revitalisierung von 6 Altstandorten. Mit den Investitionen wurde eine Bruttogewerbefläche von 104 ha geschaffen.

Auch in Zukunft wird ein Kernelement der kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik darin bestehen, im Rahmen der Bestandssicherung notwendige Flächenenerweiterungen vorzunehmen oder Flächen mit besonderen Profilen neu zu erschließen, um für den Wirtschaftsstandort Thüringen wettbewerbsfähige Bedingungen zu schaffen und Neuansiedlungen zu ermöglichen. Zur Unterstützung des Ausbaus der touristischen Infrastruktur wurden 36 Projekte mit förderfähigen Investitionen von 47 Mio. Euro bewilligt. Die Mehrzahl der Mittel wurde in die Kultur- und Denkmalförderung zum Ziel der touristischen Entwicklung investiert. Im Rahmen der Denkmalförderung wurden Vorhaben gefördert, die für den Freistaat Thüringen sowohl einen hohen Stellenwert als

Baudenkmäler haben, gleichzeitig aber auch Effekte zur Förderung der touristischen Entwicklung beinhalten. Im Rahmen des Förderbereichs wurden in der Maßnahme „Kultur und Kunst“ weitere Vorhaben von zum Teil hoher kultureller Bedeutung und von internationalem Rang für den Freistaat gefördert.

Eine zentrale Zielstellung ist demnach die Verantwortung für das Weltkulturerbe in Thüringen und für die Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung. Zu den 5 geförderten Vorhaben mit insgesamt 19 Mio. Euro an förderfähigen Investitionen gehören die museale Neugestaltung des Angermuseums in Erfurt, die Grundsanierung des Goethe- und Schillerarchivs in Weimar sowie die Sanierung des Theaters in Meiningen. Die im Rahmen der Maßnahme „Tourismusförderung GRW“ unterstützten Projekte entfielen in 8 Fällen auf die Kategorie der Rad- und Wanderwege. Insgesamt ist es im Förderbereich „Unterstützung des Ausbaus der touristischen Infrastruktur“ gelungen, verschiedene Segmente des Tourismusmarktes (Radtourismus, kulturelles Erbe) zu adressieren, die auch in Zukunft von Bedeutung sind. Ein Schwerpunkt lag darin, Projekte der Kultur- und Denkmalförderung von hohem Rang zu fördern, um somit den Tourismusstandort Thüringen weiter zu diversifizieren und für externe Gäste attraktiv zu machen.

Damit konnte das Operationelle Programm EFRE einen Beitrag zur anvisierten Qualitätsverbesserung der touristischen Angebote und ihrer Vernetzung leisten. Allerdings wurden vor allem im Bereich der Kultur- und Denkmalförderung auch Vorhaben unterstützt, bei denen die regionalwirtschaftlichen Effekte eher begrenzt sind.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Vorhaben im Kulturbereich, die im städtischen Entwicklungszusammenhang stehen, könnten mit dem Handlungsfeld der Nachhaltigen Stadtentwicklung abgestimmt werden.

Schwerpunkt 3

„Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung“

Handlungsfeld „Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern“

Die Umsetzung der Maßnahme lag zum Stichtag der Halbzeitbewertung mit Bewilligungen von knapp 30 % der zur Verfügung stehenden Mittel in 22 Vorhaben hinter dem Soll

zurück. Das durchschnittlich pro Projekt bewilligte EFRE-Mittelvolumen beträgt bislang somit gut 1,2 Mio. Euro, das durchschnittliche förderfähige Investitionsvolumen pro Projekt entsprechend gut 1,6 Mio. Euro. Für die Bindung der restlichen Mittel können von den Kommunen allerdings genügend geeignete Projekte in das Antragsverfahren eingebracht werden, sodass prinzipiell von einer vollständigen Mittelbindung zum Ende der Förderperiode ausgegangen werden kann.

Bezogen auf die Wirksamkeit des Handlungsfeldes konnte festgestellt werden, dass durch die EFRE-Projekte im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen werden, zentrale urbane Funktionen wie Versorgung, Dienstleistungen, Bildung und Kultur in den Stadtgebieten zu halten und die Städte für Bewohner, Wirtschaftsakteure und Touristen attraktiver zu gestalten und funktional zu stärken. Durch die räumliche Verortung der Bau- und Ordnungsmaßnahmen in solchen Stadtgebieten mit besonderer Bedeutung für die Stadtentwicklung sowie die Aufwertung von Einrichtungen mit einem großen nutzungsstrukturellen Stellenwert in den Städten werden mit der Förderung dabei die zentralen funktionalen und baulichen Schlüsselprobleme und –potenziale sowie die strategischen Engpässe und Funktionsdefizite der Stadtentwicklung angesprochen, sodass die durch den EFRE geförderten Projekte eine größere stadträumliche Wirkung erzielen dürften als herkömmliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

Durch die mit den städtebaulichen Maßnahmen ausgeübten Impulse für die Steigerung der Aufenthalts-, Lebens und Standortqualität im öffentlichen Raum können sich zudem positive Wirkungen auf die Rentabilität privater Folgeinvestitionen sowie die Grundstücks-, Boden- und Immobilienwerte in der Umgebung ergeben, sodass die Projekte im besten Fall Ausstrahlungseffekte auf das weitere stadträumliche Umfeld zur Folge haben.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Angesichts der erheblichen Investitionen des EFRE in bauliche Ordnungs- und Sanierungsmaßnahmen wäre mit Blick auf die künftige Förderung zu untersuchen, in welcher Größenordnung in Thüringen auf der einen Seite weiterhin dringende Bedarfe für die Umsetzung klassischer Städtebauprojekte bestehen und inwieweit auf der anderen Seite die vergleichsweise gering dotierten Mittel aus den Bund-Länder-Programmen „Soziale Stadt“

und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ausreichend sind, um im Rahmen eines thematisch integrierten Stadtentwicklungsansatzes baulich-investive und nicht-investive Lösungsansätze oder Strategien zur kleinräumigen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zu adressieren.

Handlungsfeld „Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur“

In Thüringen wurde mit Blick auf den weiterhin bestehenden Verbesserungsbedarf bei überregionalen Anbindungen wie in der vorherigen Strukturfondsperiode auch weiterhin eine Förderung des Landesstraßenbaus im Operationellen Programm verankert. In diesem Handlungsfeld wurden bis zum 30.06.2010 in 10 Projekten öffentliche Mittel in Höhe von knapp 80 Mio. Euro bewilligt, eine Bewilligungsquote von fast 50 %. Für die übrigen Mittel wurden bereits Projekte ausgewählt, sodass schon zu diesem Zeitpunkt von einer vollständigen Mittelbindung zum Ende der Förderperiode ausgegangen werden kann.

Bei den 10 bewilligten Projekten handelt es sich in 9 Fällen um Neubaumaßnahmen, darunter 7 Ortsumgehungen (teilweise mit Ingenieurbauwerken). 3 Vorhaben betreffen ausschließlich Ingenieurbauwerke. Es kann resümiert werden, dass die Neu- und Ausbauvorhaben an Landesstraßen einen zusätzlichen komplementären Beitrag zur Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung Thüringens liefern, indem der Zulauf zu zentralen Verkehrsinfrastrukturen (A 71 und A 38) optimiert wird. Damit wurde auch für die Wirtschaft in den entsprechenden Regionen ein Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen geleistet.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Die für den Rest der Förderperiode zur Verfügung stehenden Mittel sind bereits mit konkreten und im Rahmen von Kosten-Nutzen-Analysen geprüften Projekten unterlegt, sodass kein weiterer Handlungsbedarf besteht.

Schwerpunkt 4

„Schutz und Verbesserung der Umwelt“ Handlungsfeld

„Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung“

Das Handlungsfeld erreichte zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung mit einer Bewilligungsquote von 23,5 % nur einen unterdurchschnittlichen Stand. Die Umsetzung der Maßnahme „Nachhaltiges Wirtschaften bei unternehmerischem Handeln“ verlief in der ersten Hälfte der Förderperiode äußerst unbe-

friedigend. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen in Zusammenhang mit Zertifizierungen in Umweltmanagementsystemen hat sich gegenüber der Förderperiode 2000 bis 2006 halbiert.

Die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Zurückhaltung der Unternehmen mag dafür ein Grund sein. Neben dem Unternehmenssektor sind zudem Anträge von kommunaler Seite zurückgegangen. Dies betrifft allen voran ÖKO-PROFIT-Projekte als Kooperationsvorhaben zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen. Die Umsetzung der Maßnahme „Unterstützung der lokalen Nachhaltigkeit“ verlief mit einer Bewilligungsquote von 50 % bis zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung zufriedenstellend. Die Mehrzahl der geförderten Einzelprojekte hat einen teilweise sehr kleinräumigen Ansatz und somit Wirkungsbezug. Die Projekte sind eher für Umwelt- und Sozialziele von Bedeutung. Der Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft ist demgegenüber kaum erkennbar.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Für die zweite Hälfte sollten verstärkte Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um im Rahmen der Energie- und Klimastrategie Thüringens Umweltmanagementansätze und -systeme in der Wirtschaft zu implementieren. In Bezug auf die Unterstützung der lokalen Nachhaltigkeit sollte überdacht werden, ob die kleinteilige Förderung von Einzelvorhaben mit nur lokalem Wirkungsbezug beibehalten werden soll. Für einen Teil der Mittel bietet sich eine Umschichtung für Vorhaben mit direkterem Bezug und höheren Wirkungsgraden zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele an.

Handlungsfeld „Entwicklung von Konversionsflächen“

Die Bewilligungsquote erreichte in diesem Handlungsfeld bis zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung 46,9 %. Mit Blick auf die Ergebnisse des Handlungsfeldes kann angenommen werden, dass die mit den einzelnen Förderbereichen jeweils angestrebten Umweltziele im Bereich des Bodenschutzes und der Risikoversorge in der Regel erreicht werden können. Das im Rahmen des Handlungsfeldes insgesamt zu sanierende und zu revitalisierende Flächenvolumen ist weit überschritten worden, was insbesondere an den umfangreichen Flächengrößen im Rahmen der WGT-Konversion liegt.

Positive Wirkungen ergeben sich dabei nicht nur im engeren Bereich des Bodenschutzes, sondern vor dem Hintergrund der komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen den verschiedenen Umweltmedien auch im Gewässer-, Landschafts- und Naturschutz. Konkrete Nachnutzungen für die revitalisierten Brachflächen sind bislang vor allem extensiver Art, z. B. durch Parks, rekultivierte Grünflächen, Waldflächen, Natur- und Landschaftsschutzgebiete oder Destinationen mit Bezug zur Entwicklung des Naturtourismus. Private Nachfolgeinvestitionen auf den Standorten, die auch einen direkten Wirkungsbezug zur regionalen Wirtschaftsentwicklung oder zur Stadtentwicklung haben, konnten im Rahmen der Evaluation nicht identifiziert werden, sodass sich die Wirkungen des Handlungsfeldes auf den Umweltbereich beschränken dürften.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Die Entwicklung in diesem Handlungsfeld sollte prinzipiell fortgesetzt werden. Der in vielen Förderfällen bislang festzustellende Ansatzpunkt der „Maßnahmen zur Revitalisierung in durch Umweltschäden gekennzeichneten Regionen“ an ehemals landwirtschaftlichen Aktivitäten sollte allerdings aufgegeben werden. Der Schwerpunkt der Intervention sollte künftig auf Projekte gelegt werden, die auf die Revitalisierung stillgelegter Tourismus-, Handwerks- oder Gewerbekomplexe abstellt. Dabei sollte eruiert werden, ob und inwieweit im Rahmen dieser Projekte auch eine Sanierung von Altlasten notwendig wird und ggf. eine entsprechende Anpassung der Förderrichtlinie überdacht werden.

Handlungsfeld „Abbau umweltrelevanter Infrastrukturdefizite“

Das Handlungsfeld weist zum Zeitpunkt der Halbzeitbewertung mit einer Bewilligungsquote von 82 % einen sehr guten Umsetzungsstand auf. Zur Reduzierung der Infrastrukturdefizite im Abwasserbereich wurden 95 % der Investitionen des Handlungsfeldes getätigt.

Zusammenfassend konnte im Zuge der Untersuchung festgestellt werden, dass in Thüringen beim Vergleich mit den anderen ostdeutschen Flächenländern noch ein erheblicher Nachholbedarf beim Anschluss der Bevölkerung an die zentrale Abwasserentsorgung besteht. Nach Analyse und Auswertung der Förderdaten sowie Informationsgesprächen mit Vertretern der zuständigen Fachbereiche kann begründet vermutet werden, dass die vorrangigen Ziele der Abwasser-

entsorgung, nämlich die Verbesserung der Gewässerqualität, durch die bisherige Förderung erreicht werden. Zudem zeichnet sich die Förderung durch eine zielgerichtete, effiziente und gut begründete Projektauswahl aus, sodass die Voraussetzungen für eine effektive Umsetzung und Zielerreichung der Fördermaßnahme prinzipiell gewährleistet sind.

- **Optionen für die zweite Hälfte der Förderperiode:** Zur besseren Erfassung der Umweltwirkungen wird vorgeschlagen, auf bereits im Rahmen der Lageberichterstattung zur Abwasserentsorgung erfasste Indikatoren zur Reinigungsleistung der geförderten Kläranlage zurückzugreifen.

Querschnittsziele im Rahmen der Umsetzung des OP EFRE

Querschnittsziel „Nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen der Umsetzung des OP EFRE

Die Halbzeitbewertung fokussiert sich auf den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit und orientiert sich am methodischen Ansatz aus der Strategischen Umweltprüfung des OP EFRE. Bei der Bewertung geht es um die Beantwortung der Frage, inwieweit sich durch die EFRE-Förderung sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die verschiedenen Umweltgüter ergeben haben. Bezogen auf die Wirkungsrichtung ist dabei grundsätzlich zwischen Maßnahmen zu unterscheiden, bei denen direkte Auswirkungen auf das betroffene Umweltgut bestehen und solchen, bei denen Wirkungen einen eher indirekten Charakter aufweisen.

Die positiven Auswirkungen lassen sich vor allem im Schwerpunkt 4 feststellen. Durch Entsiegelungs-, Sanierungs- und Aufbereitungsmaßnahmen stellen sich konkret erfassbare Positivwirkungen vor allem mit Blick auf die Verbesserung beim Schutzgut Boden ein. Die mit Abstand meisten Investitionen mit einer positiven Wirkungsrichtung auf den Umweltzustand fließen über die Förderung der zentralen Abwasserentsorgung in Projekte, die auf die Verbesserung des Gewässerzustandes ausgerichtet sind. Indirekte positive Auswirkungen auf die Umwelt können durch die einzelbetriebliche FuE-Förderung sowie die FuE-Verbundförderung im Schwerpunkt 1 erwartet werden. Es ist festzustellen, dass im Rahmen der FuE-Verbund- und Einzelprojekte eine Reihe zentraler Technologiefelder gefördert werden, durch deren

Unterstützung die FuE-Projektförderung im Rahmen des OP EFRE mittelbar wichtige Impulse zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur des Freistaates hin zu wissensbasierten und weniger umweltintensiven Produktionsbereichen gibt.

Darüber hinaus werden Impulse zur Modernisierung der Industriestruktur des Landes geliefert, durch die solche technologischen Innovationen entwickelt werden und durch deren Anwendung ein Beitrag zu insgesamt mehr Energie- und Ressourceneffizienz geleistet werden kann. Durch die Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft sind positive Wirkungen mit Blick auf die Energie- und Ressourceneffizienz der Thüringer Wirtschaft zu verzeichnen. Durch die Ausweitung von Investition, Produktion und die Stärkung der überregionalen Absatzorientierung ist auch mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Klima/Luft zu rechnen. Eine konkrete Bilanzierung der Effekte ist hier nicht möglich.

Konkrete, quantifizierbare Aussagen aus den maßnahmebezogenen Umweltwirkungen sind ausschließlich bezogen auf das Schutzgut Boden möglich. Für die weiteren Schutzgutkategorien, zu denen im Rahmen des EFRE OP Zielaussagen formuliert wurden, liegen keine oder kaum sinnvoll erfassbare Maßnahmenindikatoren und Messwerte vor.

Querschnittsziel „Chancengleichheit“

Das Querschnittsziel der Chancengleichheit wurde im Operationellen Programm nicht auf der strategischen Ebene implementiert, indem z. B. konkrete Maßnahmen zur Unterstützung des Ziels geschaffen wurden. Die Umsetzung des Querschnittsziels erfolgte im Wesentlichen auf Basis eines zu Programmbeginn erarbeiteten Konzepts. Es lässt sich resümieren, dass das Konzept zur Gleichstellung in die richtige Richtung weist, indem herausgearbeitet wurde, in welchen Maßnahmen die Ziele zur Verbesserung der Chancengleichheit durch entsprechende Handlungsansätze aktiv unterstützt werden können. Die Empfehlungen zur besseren Umsetzung des Querschnittsziels betreffen eher Maßnahmen der Sensibilisierung und Beratung, damit Zuschussempfänger im Rahmen ihrer kommunalen oder unternehmerischen Strategien entsprechende Initiativen ergreifen. Es sollte grundsätzlich in Erwägung gezogen werden, stärker als bisher für die Implementierung des Querschnittsziels Chancengleichheit zu werben. Ein Ansatzpunkt ist z. B. der bisher

nur ungenügend genutzte Selbstcheck für chancengleiche Personalpolitik. In Thüringen gibt es bereits die „Thüringer Allianz für Familie“. Die Mitglieder des Bündnisses sind geeignete Einrichtungen, um verschiedene Beratungsleistungen anzubieten bzw. die bereits bestehenden Leistungen zu intensivieren. Darüber hinaus könnten über die Technische Hilfe Ausschreibungen zu ausgewählten Themen initiiert werden. Ein besonderer Aspekt sind Gründungen durch Frauen. Es sollte geprüft werden, inwieweit die in Thüringen für die Gründungsberatung zuständigen Einrichtungen ihre Aktivitäten erhöhen können.

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen des Einsatzes der EFRE-Fördermittel

Durch den Einsatz des EFRE in Thüringen sollen im Programmzeitraum 2007 – 2013 öffentliche Mittel in Höhe von knapp 2 Mrd. Euro verausgabt werden. Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Strukturfondsinterventionen ausreichend groß sind sowie zielgerichtet zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden und damit die Thüringer Volkswirtschaft insgesamt beeinflussen.

Die wesentlichen angebotsseitigen Effekte werden über den industriellen Sektor und die Dienstleistungsbranche induziert. Die positiven Produktivitätseffekte ergeben sich aus einer verbesserten Infrastruktur, einem höheren Ausbildungsniveau und den langfristigen Effekten aus Forschung und Entwicklung. Die direkten Outputeffekte sind verbunden mit weiteren Verbesserungen in der Wettbewerbsfähigkeit und der Fähigkeit, Investitionen anzuziehen und heimische Aktivitäten zu stimulieren. Während der Implementationsphase, die die Periode bis 2015 umfasst, trägt der EFRE zu einer Ausweitung der ökonomischen Aktivitäten in Thüringen bei. In dem Zeitraum werden umfangreiche Bauprojekte und ausgeprägte private Investitionen getätigt.

Nach dem Ende der Interventionen mit dem EFRE in 2015 verschwinden die nachfrageseitigen Wirkungen, und nur die längerfristigen angebotsseitigen positiven Wirkungen auf die Thüringer Wirtschaft verbleiben. Diese sind das Resultat der von den Spillovereffekten ausgehenden Vorteile, die sich aus der verbesserten Infrastruktur, den verbesserten Humanressourcen und dem erhöhten FuE-Kapitalstock ergeben. Der Verlauf der Wirkungen auf das BIP wurde anhand eines makroökonomischen Modells für Thüringen (Hermin-

Modell) abgeleitet. Im ersten Jahr der Förderung ist die Wirkung auf das BIP etwas geringer als 0,1 % und steigt dann kontinuierlich an bis im Jahr 2012 ein Wert von 0,65 % erreicht wird. Zum Ende der Implementationsphase reduziert sich die Wirkung auf das BIP auf gut 0,5 %. Nach Ende der Förderung in 2015 verbleiben die BIP-Wirkungen positiv, aufgrund der angebotsseitigen Effekte.

Optionen und Handlungsmöglichkeiten für die zweite Hälfte der Förderperiode 2007 bis 2013

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Umsetzung des OP EFRE in Thüringen weit fortgeschritten ist und sich keine weitreichenden Ansätze zur Umformulierung der Förderatbestände und Interventionsfelder ergeben. Die Optionen und Handlungsmöglichkeiten sind aufgrund der weitgehenden Umsetzung eingeschränkt, und aufgrund der positiven ersten Ergebnisse besteht auch nur ein eingeschränkter Handlungsbedarf. In einzelnen Handlungsfeldern kann ergänzend zu den bisherigen Interventionsfeldern der Fokus geändert werden, oder es können einzelne neue Fördertatbestände integriert werden. Die Optionen für die einzelnen Handlungsfelder wurden oben beschrieben.

Perspektiven des OP EFRE nach 2013

Herausforderungen

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel stellt für Thüringen im europäischen Vergleich eine besondere Herausforderung dar. Nach den Ergebnissen einer Projektion von Eurostat (2010) gehört Thüringen zusammen mit den anderen ostdeutschen Flächenländern unter 281 europäischen NUTS-2 Regionen zu den zehn Regionen mit der größten prognostizierten Bevölkerungsabnahme bis 2030.

Globalisierung

Bereits seit Anfang der 90er-Jahre wird mit den EU-Strukturfonds eine angebotsseitige Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Thüringen angestrebt, die dazu beiträgt, dass das Land in einer sich weiter wirtschaftlich integrierenden Welt wettbewerbsfähig wird. Insofern sind mit den EU-Strukturfonds von Anfang an Fragen der Globalisierung implizit

berücksichtigt worden. Dem Ziel, international wettbewerbsfähig zu bleiben und zusätzliche Wachstums- und Innovationspotenziale zu erschließen, sollte auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Zukünftig erscheint es durchaus sinnvoll, Interventionen, die explizit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft stärken und im Einklang mit der Europa-2020-Strategie stehen, noch stärkere Beachtung zu geben.

Klimaschutz und Energiesicherheit

Der globale Klimawandel und die Sicherstellung der Energieversorgung stellen für Thüringen beim Voranschreiten im Konvergenzprozess weitere Herausforderungen dar. Als globale Probleme sind sie mit den regional ausgerichteten EU-Strukturpolitiken selbstverständlich verbunden. In Anbetracht der ambitionierten Klimaschutzziele der EU und der unbestrittenen Notwendigkeit eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens sollten die Interventionen zur Verbesserung und zum Schutz der Umwelt in der Kohäsionspolitik weitergeführt werden. Die Anwendung und Entwicklung grüner Technologien sowie die Verbesserung der infrastrukturellen Standortqualität im Umweltbereich eröffnet für Thüringen nicht zuletzt die Möglichkeit, regionale Wachstums und Entwicklungspotenziale weiter zu erschließen. Eine aktive, anreizorientiert Industriepolitik kann den Übergang zu einer energie- und ressourceneffizienteren Wirtschaft mit einer breit diversifizierten Industriestruktur unterstützen.

Öffentliche Finanzen

Eine weitere Herausforderung für Thüringen, die aber nur mittelbar mit der Ausgestaltung der EU-Strukturfonds verbunden ist, betrifft die öffentlichen Finanzen. Durch die absehbare negative Bevölkerungsentwicklung und den damit verbundenen Rückgang an Finanzzuweisungen an Länder und Kommunen, wird es – unter der Annahme, dass eine weitere Verschuldung vermieden werden muss – zu einem Rückgang der öffentlichen Nachfrage kommen. In gleicher Weise wirken der degressiv ausgestaltete Verlauf des Solidarpakts II sowie die geringeren Finanzmittel aus den EU-Strukturfonds ab 2014. Diese bedeutet insgesamt einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der mit Wachstums- und Einkommensverlusten einhergehen wird. Die Möglichkeiten zur Finanzierung und Kofinanzierung von Förderprogrammen und die finanzielle Ausgestaltung der Fördermodalitäten stehen damit in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Handlungsoptionen

Insgesamt kann festgehalten werden, dass der strategische Pfad, den der EFRE in der aktuellen und auch den vorherigen Förderperioden eingeschlagen hat, weiterhin richtig bleibt. Dennoch ist nach wie vor die Unterausstattung mit zentralen Potenzialfaktoren für den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand Thüringens verantwortlich zu machen. „Lücken“ bei der Kapitalausstattung, den Innovationskapazitäten, im Industriebesatz und in Teilbereichen der wirtschaftsnahen, städtischen und umweltorientierten Infrastruktur begründen das niedrige Pro-Kopf-Einkommen.

Die Investitionsförderung hat für die Kapitalintensivierung, die kontinuierliche Annäherung der Produktivität an das westdeutsche Niveau und den Prozess der Re-Industrialisierung in Thüringen eine wesentliche Rolle gespielt. In den zentralen Bereichen der Exportbasis und unternehmensnahen Dienstleistungen bleibt eine höhere Investitionsquote als in Westdeutschland daher wirtschaftspolitisch wünschenswert. Demzufolge sollte die Investitionsförderung eine wesentliche Säule im EFRE bleiben. Auf Grund der hohen Bedeutung von Forschung und Entwicklung für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess sind mehr Investitionen in Wissen und Innovation eine der vier Schlüsselprioritäten für die Umsetzung der Europa-2020-Strategie. Die Förderung von FuE und Innovation sollte konsequenterweise auch in Zukunft eine besondere Rolle im Rahmen des EFRE spielen.

Bei den Überlegungen zum Stellenwert der einzelbetrieblichen Technologieförderung sollte aber die generell hohe Förderintensität der FuE-aktiven Unternehmen und ihre Absorptionsfähigkeit berücksichtigt werden. Zudem sollte bei der Förderung das Augenmerk auf den Innovationserfolg und die rasche Überleitung der FuE-Projekte in die Markteinführung gelegt werden. Neben der direkten Förderung von Unternehmen sollten auch Investitionen in die Forschungsinfrastruktur zentraler Bestandteil des EFRE bleiben. Die Interventionen sollten weiterhin genutzt werden, öffentliche Forschungseinrichtungen international wettbewerbsfähig zu machen. Generell sollte bei der Steuerung und Implementierung der öffentlichen Forschungsinfrastruktur verstärkt auf „bottom-up“ und weniger auf „top-down“ gesetzt werden. Die gewählte strategische Ausrichtung auf Forschungsschwerpunkte in wachstumsstarken Technologiefeldern, in denen das Land nachgewiesene Stärken besitzt, kann eine mögliche Strategie sein. Eine öffentliche Forschungsinfra-

struktur wird die schwache FuE in der Industrie allerdings nicht vollständig ersetzen. Die Anpassung der Ausstattung beruflicher Aus- und Weiterbildungsinfrastrukturen an die technologische Entwicklung ist auch in Zukunft eine laufende Aufgabe, um einerseits Qualifizierungen auf hohem Niveau zu ermöglichen und somit Berufschancen junger Menschen zu erhöhen. Gleichzeitig sind Ausbildungsangebote auf dem Stand der Technik eine wichtige Voraussetzung für die Bereitstellung von Fachpersonal.

Die infrastrukturelle Ausstattung hat sich in Thüringen in der aktuellen Förderperiode weiter deutlich verbessert. Gleichwohl gibt es in einzelnen Teilbereichen weiterhin Ausstattungslücken bzw. Modernisierungsbedarf. Die Gewerbeflächenförderung ist auch weiterhin eine zentrale Aufgabe der regionalen und lokalen Wirtschaftsstrukturpolitik. Da es aber in Thüringen keine grundlegenden Engpässe bei der Ausstattung mit Gewerbe- und Industrieflächen mehr gibt, sollte in Zukunft eine selektive Förderung erfolgen. Es wird empfohlen, dass sich die Förderung stärker als bisher auf Vorhaben mit überregionalem Charakter im Sinne der Wachstums- und Innovationsziele konzentrieren sollte.

Der Tourismus ist in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, dem in verschiedenen Segmenten noch gute Wachstumsmöglichkeiten attestiert werden. Der EFRE sollte weiter beim Auf- und Ausbau von Infrastrukturen Unterstützung leisten, um qualitativ hochwertige Angebote zu generieren. Der Fokus sollte eindeutig auf Vorhaben liegen, die die Position Thüringens als überregionale Tourismusdestination stärken.

Die nachhaltige Stadtentwicklung steht auch in Zukunft vor besonderen Herausforderungen. Im Rahmen des wirtschaftlichen Aufholprozesses sollen die Städte weiterhin ihre Rolle als Wachstumsmotoren sowie als Impulsgeber für das ländliche Umfeld ausfüllen. Gleichzeitig sind sie aber mit wenigen Ausnahmen von teilweise erheblichen Schrumpfungsprozessen betroffen und müssen immer mehr Aufgaben für das ländliche Umland übernehmen. Angesichts dieser bedeutenden Rolle der Städte für die Entwicklung des Freistaates sowie der in den Städten besonders signifikanten Problemlagen erscheint es für die kommende Fondsperiode zielführend zu sein, eine spezifische Ausrichtung der EFRE-Strategie auch auf die kleinräumigen Potenziale, Bedarfe und Probleme in den Städten vorzunehmen und die Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung in den übergeord-

neten Rahmen der regionalen Strukturpolitik einzubinden. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Potenzialfaktor für wettbewerbsfähige Volkswirtschaften und ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Die Herausforderungen der Globalisierung und zunehmende transnationale Verkehrsströme werden auch in Zukunft weitere Investitionen in die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Strukturfondsförderung notwendig machen. Neben der möglichen Förderung im Landestraßenbau sollte des Weiteren geprüft werden, inwieweit die Integration und Verknüpfung der Verkehrsträger verbessert werden kann, um einerseits weitere Impulse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu setzen, andererseits um den Anforderungen an eine umweltverträgliche Verkehrspolitik Rechnung zu tragen.

Für die künftige Ausrichtung weiterer umweltorientierter Interventionen im Rahmen des EFRE kann vor dem Hintergrund der noch festzustellenden Unterausstattungsgrade bei der zentralen Abwasserentsorgung z. B. konstatiert werden, dass nicht nur wiedervereinigungsbedingte Gründe für den Rückstand anzuführen sind, sondern auch siedlungsstrukturelle, topografische und demografische Ursachen, die teils außerhalb der Reichweite des bisher im Rahmen der Strukturpolitik angewendeten Förderinstrumentariums liegen. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels sowie mit Blick auf das Strategiepapier Europa-2020 und den 5. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission dürften sich die künftigen umweltpolitischen Zukunftsthemen der Strukturpolitik v. a. auf die Bereiche Energie und Klimawandel fokussieren.

In der Programmierungsphase für den EFRE-Einsatz in der Förderperiode nach 2013 sollten deshalb auf Grundlage der aktuellen Energie- und Klimastrategie des Freistaates Handlungsfelder identifiziert werden, mit denen gezielte Aktivitäten zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes, zur Einführung von Umweltmanagementsystemen, zur Verbesserung der Klima- und Umweltverträglichkeit des Verkehrs, zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien, zur Förderung von Investitionen im Bereich der Energieeffizienz und zur Unterstützung kommunaler Energie- und Klimaschutzkonzepte in den EFRE integriert werden können.

Das vollständige Gutachten ist veröffentlicht unter: www.efre-thueringen.de

Herausgeber:	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT) Max-Reger-Straße 4 – 8 99096 Erfurt Telefon: 0361 – 3797-999 Telefax: 0361 – 3797-990 presse@tmwat.thueringen.de www.thueringer-wirtschaftsministerium.de
Redaktion:	Verwaltungsbehörde der EU-Strukturfonds/Referat Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen
Redaktionsschluss:	12.10.2011
Gestaltung/Druck:	KNSK Werbeagentur/Druckhaus Gera
Bildnachweis:	Fotowerkstatt Michael Voigt, Erfurt; S. 04: weimar GmbH/Maik Schuck

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemitteln. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne einen zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Herausgeber:

Thüringer Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Technologie (TMWAT)

Max-Reger-Straße 4 – 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 – 3797-999

Telefax: 0361 – 3797-990

presse@tmwat.thueringen.de

www.thueringer-wirtschaftsministerium.de